

„Die Impfpflicht ist kein Selbstzweck“

FDP-Fraktionschef Christian Dürr über Corona und die Verantwortung der Politik

Herr Dürr, Omikron breitet sich rasant aus. Die Politik hat erst die Quarantänepflichten gelockert, jetzt sollen auch noch PCR-Tests für viele nicht mehr zugänglich sein. Haben Sie vor der aktuellen Corona-Welle kapituliert?

Nein, im Gegenteil! Wir haben nicht vor Omikron kapituliert. Aber es ist extrem ärgerlich, dass der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn und die vorherige unionsgeführte Bundesregierung nicht rechtzeitig die Grundlagen dafür gelegt haben, dass wir genügend Testkapazitäten haben. Es hat für uns hohe Priorität, dass möglichst schnell deutlich mehr PCR-Tests möglich sind. Die Bundesregierung arbeitet daran auf Hochtouren.

“Eine parteitaktische Entscheidung – das sage ich auch in Richtung Union – wäre falsch. Damit würde die Politik jede Akzeptanz verspielen.

Epidemiologen verweisen darauf, dass wir eine höhere Impfquote brauchen. Derzeit sind 75,6 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal geimpft. Müsste die Regierung in einer solchen Situation nicht zeigen, dass sie handlungsfähig ist – und eine allgemeine Impfpflicht schnell und mit eigener Mehrheit beschließen?

Das Coronavirus interessiert sich nicht dafür, mit welchen Mehrheiten Gesetze im Bundestag beschlossen werden.

Es interessiert sich aber vielleicht dafür, wann es eine Impfpflicht gibt und ob überhaupt. Bei einer medizinisch so komplexen Frage wie der nach der Corona-Impfpflicht ist es richtig, dass sich eine Mehrheit aus der Mitte des Parlaments findet – jenseits der Fraktionsgrenzen. Alle Experten sind sich einig, dass eine mögliche Impfpflicht frühestens gegen eine Welle im Herbst helfen könnte. Wir sollten und können uns die Zeit nehmen, um eine gute Lösung zu ringen. Die wollen wir bis spätestens Ostern finden. Bis dahin können wir aus der aktuellen Welle auch noch ei-



„Wir lernen täglich über Corona dazu“: Christian Dürr, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag.

FOTO: KAY NIETFELD/DPA

niges über Corona dazulernen.

Was ist Ihr eigener Standpunkt? Und was wollen Sie dazulernen?

Ich bin zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, wie ich am Ende in Sachen Impfpflicht abstimme, also ob ich mich für eine allgemeine Impfpflicht ab 18, eine Impfpflicht für Ältere ab 50 oder auch gegen eine Impfpflicht entscheide. Wir lernen täglich über Corona dazu. Omikron bringt uns zumindest näher an

eine endemische Situation, also an den Zustand, in dem Corona zu einem Erkältungsvirus werden könnte.

Was bedeutet das?

Wenn Epidemiologen am Ende der Omikron-Welle übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen sollten, dass wir die Impfpflicht nicht mehr brauchen, werde ich nicht für eine solche Pflicht stimmen. Die Impfpflicht ist kein Selbstzweck. Wir machen sie nur, wenn sie notwendig und wirk-

sam ist und mehr Freiheit ermöglichen sollte. Unser Ziel ist es, einen Jo-Jo-Effekt zu vermeiden, damit wir nicht jeden Herbst in eine neue Welle kommen und das öffentliche Leben runterfahren müssen.

“Wenn Freiheitseingriffe nicht mehr notwendig sind, müssen wir sie umgehend zurücknehmen.

Das klingt insgesamt eher skeptisch, was eine Impfpflicht angeht.

Ich bin zumindest vorsichtig. Wir dürfen eine solche Entscheidung wie die über die Impfpflicht nicht aus der Hüfte schießen, sondern müssen alle Argumente abwägen und Einzelheiten durchdenken. Eine parteitaktische Entscheidung – das sage ich auch in Richtung Union – wäre falsch. Damit würde die Politik jede Akzeptanz verspielen. Bei jeder möglichen Lösung kommt es auch auf die Einzelheiten an. Die Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht müssen auch eine klare Antwort auf die Frage geben, wann eine solche Pflicht wieder enden soll. Muss man sich einmal durchimpfen lassen oder womöglich jedes Jahr? Das sind erhebliche Unterschiede, die nicht nebenbei geklärt werden können.

Im letzten Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz heißt es, Bund und Länder würden Öffnungsperspektiven entwickeln. Wann können die zum Tragen kommen?

Wir müssen auf jeden Fall jetzt schon anfangen, über Öffnungsperspektiven zu sprechen. Bei Omikron ist anders als bei vorherigen Corona-Wellen nicht mehr die Inzidenz entscheidend, sondern die Frage, wie stark das Gesundheitssystem belastet ist. Wenn die Kliniken der Omikron-Welle gut standhalten, muss die nächste Ministerpräsidentenkonferenz auch Öffnungen empfehlen. Wenn Freiheitseingriffe nicht mehr notwendig sind, müssen wir sie umgehend zurücknehmen. Das gilt sowohl für Kontaktbeschränkungen als auch für die strengen Regeln für Restaurantbesuche.

Interview: Tobias Peter

Länder kritisieren Förderstopp bei der KfW

BERLIN. Die Bundesregierung gerät nach dem umstrittenen KfW-Förderstopp für energieeffiziente Gebäude unter Druck. Nun soll es dazu bald eine Bauministerkonferenz der Länder mit dem Bund geben, wie die baden-württembergische Ressortchefin Nicole Razavi gestern berichtete.

Mehrere Länder hatten eine Sonderkonferenz mit der Bundesregierung gefordert. Das „Hickhack“ müsse sofort beendet werden, sagte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU). „Der Förderstopp bedroht Bauvorhaben im ganzen Land, verunsichert Eigentümer und sorgt letztlich für Mietsteigerungen.“

Das Wirtschaftsministerium von Ressortchef Robert Habeck (Grüne) hatte überraschend angekündigt, dass bei der staatlichen KfW-Bank ab sofort keine neuen Anträge für die Förderung effizienter Gebäude mehr gestellt werden können. Dies gilt für das sogenannte Effizienzhaus (EH) 55 im Neubau, das EH40 im Neubau sowie die energetische Sanierung. Vor allem die Ankündigung der Vorgängerregierung, das EH55-Förderprogramm Ende Januar einzustellen, habe bei der KfW zu einem Antragsboom geführt. Die Einstufung bedeutet, dass das Gebäude 55 Prozent beziehungsweise 40 Prozent der Energie verbraucht, die ein Standardhaus benötigt.

Nach Angaben des Ministeriums sind rund 24 000 Anträge auf Förderungen offen, die noch vor dem vorzeitigen Ende des Programms eingingen. Wie es damit weitergeht, ist unklar. Geprüft werde ein Darlehensprogramm, das Kredite für alle Antragsteller anbietet, deren Anträge nicht bewilligt wurden. Damit soll auch auf Härtefälle bei privaten Bauherren reagiert werden.

Habeck hatte den Förderstopp verteidigt und auf „ungedeckte Haushaltsperspektiven“ verwiesen. Er versprach, schnell Planungssicherheit zu schaffen. Über die Zukunft der Neubauförderung für EH40-Neubauten will das Ministerium zügig entscheiden. Die Förderung für Sanierungen soll wieder aufgenommen werden, sobald Haushaltssmittel bereitgestellt sind.

– Anzeige –

DIE AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG INFORMIERT UND FRAGT AN:

Werden Grundrechte künftig dauerhaft vom Impfstatus abhängig gemacht?



Das möchte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wissen (Drs. 20/399). Gegen die Stimmen der AfD hat der Bundestag bereits am 10. Dezember 2021 eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen beschlossen.

Führende Politiker der Koalition fordern nun eine allgemeine Impfpflicht gegen COVID-19. Falls das Gesetz so kommt, ist zu befürchten, dass die Grundrechte auf unbestimmte Zeit nur denjenigen in vollem

Umfang gewährt werden, die sich wiederholt impfen lassen. Wir sagen: So wollen wir nicht leben!

Daher fordert die AfD-Fraktion (Drs. 20/192), dass die Entscheidung für oder gegen eine Impfung freiwillig und ohne jeden Druck nach individueller Nutzen-Risiko-Abwägung erfolgen muss. Wir setzen uns im Deutschen Bundestag für die Freiheit des Einzelnen ein, über seinen Körper selbst zu bestimmen, und lehnen ein Gesetz zur Impfpflicht ab.

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Hier geht es zum Antrag und zur Kleinen Anfrage